Wahlnacht Dortmund, 25. Mai 2014

Eine Dokumentation der Ereignisse vor dem Rathaus nach der Kommunalwahl 2015

Hrg. vom Rechtshilfekomitee Wahlnacht Dortmund 2014

Inhalt

Seite 2 Editorial

Seite 3 Gemeinsam gegen Rechtsextremismus
Die Wahlnacht 2014 als Herausforderung der Zivilgesellschaft
von Jutta Reiter und Friedrich Stiller

Seite 7 Manche Menschen werden rüder…
Die Zivilgesellschaft sucht die Stadt gegen aggressive Nazis zu schützen
Report von Klaus Commer

Seite 16 Bilder sagen mehr…
Bildstrecke von Alexander Völkel

Seite 19 Zivilcourage ist strafbar?
Die juristische Verfolgung der Rathaus-Beschützer
Ergebnisse nach einem Jahr Rechtshilfekomitee

Seite 20 Berichtet, aufgezeichnet, protokolliert
Ein Anhang mit Beispielen

Impressum

Vorabdruck 21. Mai 2015

Herausgegeben vom Rechtshilfekomitee des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus

Mitgliedsorganisationen
des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus sind (in alphabetischer Folge):
Arbeiterwohlfahrt (AWO) Dortmund
Auslandsgesellschaft Deutschland e.V. und Auslandsgesellschaft NRW e.V.,
Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Dortmund
CDU Kreisverband Dortmund
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Dortmund
Der Paritätische Dortmund
Evangelischer Kirchenkreis Dortmund
Evangelische Studierendengemeinde (ESG) Dortmund
Fachhochschule Dortmund
Jugendring Dortmund
Katholische Stadtkirche Dortmund
Pro Dortmund e.V.
SPD Unterbezirk Dortmund
Verein gegen Vergessen – für Demokratie e.V. Östliches Ruhrgebiet

Verantwortlich i.S.d.P.:
Sprecher Pfarrer Friedrich Stiller - Referat für Gesellschaftliche Verantwortung beim Evangelischen Kirchenkreis Dortmund, Jägerstr. 5, 44145 Dortmund, und Sprecherin Jutta Reiter - DGB Dortmund, Ostwall 17 – 21, 44135 Dortmund.

Urheber aller eigenen Fotos dieser Publikation ist Alexander Völkel.
Diese Dokumentation zitiert und enthält öffentlich zugängliche Berichte, Protokolle und Medienbeiträge, die jeweils mit der Angabe der Quelle versehen sind.

Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus / Rechtshilfekomitee

Wahlnacht

Dortmund, 25. Mai 2014

Eine Dokumentation der Ereignisse vor dem Rathaus nach der Kommunalwahl 2015

(Vorabdruck 21. Mai 2015)

Editorial

Ein Jahr nach den Ereignissen vor dem Dortmunder Rathaus in der Wahlnacht vom 25. Mai 2015 meldet sich das vom *Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus* und einigen Politiker/innen gegründete Rechtshilfekomitee zu Wort.

Mit dieser Dokumentation sollen die Ereignisse der Wahlnacht und der Umgang damit in Erinnerung gerufen, aber auch durch die Zivilgesellschaft gedeutet und bewertet werden.

Der Journalist Klaus Commer wurde gebeten, die Ereignisse aus den zugänglichen Protokollen und Berichten zu rekapitulieren. Die Fotos von Alex Völkel aus dieser Nacht spiegeln die Ereignisse am Rathaus eindrücklich wider. Ein Bericht gibt Einblicke in die Arbeit des Rechtshilfekomitees. In einem Anhang sind einige Dokumente für diese Dokumentation zusammengestellt, als auch die Presseberichterstattung in Auszügen.

Für das Rechtshilfekomitee Wahlnacht 25.Mai 2014

Jutta Reiter, DGB
Friedrich Stiller, Evangelischer Kirchenkreis

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Die Wahlnacht 2014 als Herausforderung der Zivilgesellschaft

Zu den Vorgängen am Abend der Kommunalwahl 2014 am Dortmunder Rathaus gibt es bis heute mehr Fragen als Antworten.

Alles begann am Wahlabend selbst. Um 20:30 Uhr war anhand der im Internet veröffentlichten Zwischenergebnisse bereits zu erkennen, dass die Neonazi- Partei „Die Rechte“ mit großer Wahrscheinlichkeit ein Ratsmandat erlangen würde. Das war so nicht zu erwarten gewesen. Allerdings war schon Wochen vorher unter den Mitgliedern des *Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus* die Befürchtung ausgetauscht worden, dass - sollte dieser Fall wider Erwarten eintreten - die Neonazis zum Rathaus kommen würden, um möglichst in der renommierten Bürgerhalle ihren Sieg auszukosten.

Eine Anfrage im Rathaus durch den Arbeitskreis in den Tagen vorher führte zu der Aussage, die Verantwortlichen seien ausreichend vorbereitet, der Arbeitskreis müsse sich keine Gedanken machen und auch nichts organisieren. Gespräche zum Austausch von Einschätzungen und gemeinsame Überlegung fanden daraufhin nicht statt.

Am Wahlabend wurde kurz vor 22 Uhr die Vermutung zur Gewissheit, dass die rund 2000 Stimmen für ein Ratsmandat der Partei „Die Rechte“ ausreichen würden. Wie wir im Nachhinein wissen, verließen ausgerechnet jetzt die vor Ort anwesenden Beamten des Staatsschutzes den Ort des Geschehens. Über die Gründe kann man nur mutmaßen. Kurz nach 22 Uhr nahmen die inzwischen vielfach berichteten und diskutierten Geschehnisse dann ihren Lauf. Die anwesenden Vertreter des Arbeitskreises haben selber zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten das Geschehen beobachtet und/oder an ihm teilgenommen.

Der Auftritt der Nazis mündete in kürzester Zeit (wenige Minuten) sofort in Handgreiflichkeiten und Gewalttätigkeiten. Das ganze Auftreten war siegestrunken, militant und sollte sicher Angst einflößend wirken. Es gibt Hinweise, dass einige auch alkoholisiert und möglicherweise dadurch entsprechend enthemmt waren. Dazu riefen die anwesenden Nazis schon nach wenigen Minuten immer wieder: „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus“, obwohl (weil?) an diesem Abend auch die Wahl zum Integrationsrat stattfand und viele Politiker und Bürger mit Migrationshintergrund im und vor dem Rathaus präsent waren. Eine erkennbare Reaktion der Polizei erfolgte darauf nicht. Das aggressive Geschrei, aber auch die provokanten Parolen lösten verständlicherweise bei vielen Menschen vor Ort Bedrohungsgefühle aus.

Als die konfrontative Situation rund eineinhalb Stunden später endlich durch die Polizei beendet wurde, nahmen die Rechtsextremisten erkennbar noch einmal Haltung an und sangen gemeinsam die 1. Strophe des Deutschlandliedes: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt…“ Bürger erkundigten sich an dieser Stelle bei den mittlerweile zurückgekehrten Staatsschutzvertretern, ob dies nicht eine strafbare Handlung sei. Sie wurden darüber belehrt, dass dies nicht so ist. Knapp anderthalb Stunden im direkten Gegenüber zu den Nazis und nach den erlebten Gewalttätigkeiten mussten auch noch solche Provokationen erduldet werden.

Im weiteren Verlauf des Abends boten sich etliche der Rathaus-Beschützer als Zeugen an und stellten für die Vertreter der Polizei noch Kontakte zu anderen, zum Beispiel zu engagierten Fotografen her - in dem naiven Glauben, es könne letztlich nur darum gehen, den gewalttätigen Auftritt der Neonazis strafrechtlich zu ahnden. Umso größer die Überraschung, als sich in den Tagen danach herausstellte,

dass Polizei und Justiz sich intensiver um die Rathaus-Beschützer kümmerten, als um den Auftritt der Nazis.

Dieser Vorgang macht deutlich, dass Provokationen der Nazis, Reaktionen der Bürgerschaft und das Verhalten der Polizei sowie die strafrechtliche Bewertung durch die Justiz nicht mehr zueinander passen.

Die Wahlnacht wird aus der Distanz heraus zu einem besonders eindrucksvollen Beispiel dafür, dass eine politisch scheinbar neutrale Justiz den eigentlichen Punkt der Bedrohung gar nicht mehr versteht; dass eine politisch scheinbar neutrale Polizei - ob in gutem Glauben oder nicht - zu weltfremden Bewertungen auch konkreter Situationen kommt.

Der Bericht der Dortmunder Polizei an den Innenminister NRW war der erste Paukenschlag für die zivilgesellschaftlichen Akteure des Abends. Hier ist nicht der Ort, im Einzelnen darauf einzugehen. Er wurde schon im Landtag kritisiert. Der *Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus* hat ihn zu recht als "tendenziös und lückenhaft" bezeichnet. Der Bericht zeigt in verstörender Weise, mit wie wenig politischer Analysefähigkeit die Lage bewertet wurde. Bis in die Details hinein lässt sich an ihm zeigen, dass hier nach dem Muster einer Wirtshausschlägerei geurteilt wurde: Die aufgebrachte Menge muss getrennt werden!

Im Ergebnis vermittelt sich der Eindruck, dass das offensichtlich gut strukturierte und paramilitärische Auftreten der Nazis von der Polizei positiv gewürdigt wurde, die aufgewühlte, nicht wirklich vorbereitete und teilweise auch verunsicherte Bürgerschaft in ihrer spontanen Reaktion aber polizeiseitig als bedrohlich, disziplinlos und am Ende verfolgungswürdig bewertet wurde.

Das Ganze wirkt umso kurioser, als die Rathaus-Beschützer, die in den ersten Minuten nach dem Aufzug der Neonazis bis zum Eintreffen der ersten Polizisten Gewalttätigkeiten erleben mussten, den acht Beamtinnen und Beamten, die zuerst am Rathaus eintrafen und sich gegen die Neonazis aufstellten, ausgesprochen dankbar waren. Als im späteren Verlauf des Abends von der anwesenden Minderheit junger Autonomer immer wieder auch Schmährufe gegen die Polizei laut wurden, wandten sich Mitglieder des Arbeitskreises und andere Bürger ausdrücklich an diese Autonomen und stellten sich gegen die Schmährufe. In dieser Phase des Abends war völlig unstrittig, dass die Polizei die Rathaus-Beschützer vor den Gewalttätigkeiten der Nazis schützten – und dass sie geschützt werden mussten. Alles andere sind Umdeutungen, über deren Motive man nachdenken kann und nachdenken sollte.

Die anschließenden Ermittlungsverfahren durch Polizei und Staatsanwaltschaft stellten vor diesem Hintergrund den zweiten Paukenschlag dar. Schon das zahlenmäßige Missverhältnis der Ermittlungsverfahren ist kaum nachvollziehbar.

Diese Ereignisse, das lässt sich im Rahmen nüchterner Berichterstattung und Dokumentation kaum nachdrücklich genug darstellen, haben bei etlichen, die die Ereignisse am Wahlabend als Menschen aus der Zivilgesellschaft oder als Politiker/innen unterschiedlicher Parteien miterlebt haben, eine tiefgreifende Verunsicherung über das Selbstverständnis von Justiz und Polizei im Kampf gegen den Rechtsextremismus hinterlassen und eine zuvor nicht gekannte Distanz entstehen lassen.

Gerade der *Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus* hat in den mehr als zehn Jahren seines Bestehens immer wieder das Handeln von Justiz und Polizei im Rahmen des Rechtsstaats interpretiert und auch unterstützt. Kurioserweise war ein Auslöser seiner Gründung sogar eine Auseinandersetzung mit politischen Kräften, deren ständige Angriffe gegen die Polizei man für unangemessen hielt. Der Arbeitskreis hat demgegenüber die rechtsstaatliche Aufgabe und Legitimation von Polizei und Justiz nie infrage gestellt.

Das Ganze ist ein bedenklicher Vorgang. Zeigt er doch die Entfremdung, die seitens Polizei und Staatsanwaltschaft gegenüber den zivilgesellschaftlichen Akteuren eingetreten ist. Eine Entfremdung, die schwer wiegt. Denn die “Kunst" der Dortmunder Neonazis liegt genau darin, sich einerseits scheinbar regelkonform zu verhalten, andererseits immer deutlich zu machen, dass sie sich in direkter Linie mit dem NS - Staat sehen und immer wieder zur Gewaltanwendung bereit sind.

Gerade die Ereignisse der letzten Monate und die zu beobachtende wiederkehrende Radikalisierung seit dem Aufmarsch am 21. Dezember 2014 in der Nordstadt (vergleiche das entsprechende Video bei Youtube) zeigen deutlich das Problem und die Ursache der Entfremdung: An jenem Tag wurden innerhalb weniger Minuten nicht nur Anne Frank, Opfer des damaligen Nationalsozialismus, und Thomas Schulz, Opfer eines heutigen Dortmunder Neonazis, geschmäht. Darüberhinaus wurde auch der Polizeipräsident mit dem Tode bedroht: „Gregor Lange, aus der Traum, bald liegst du im Kofferraum!“ Wenn diese Drohungen - und die Liste ließe sich beliebig verlängern - nicht strafrechtlich relevant sind, das Auftreten der gewaltfreien Rathaus-Beschützer aber doch, dann sind Maße und Gewichte nicht mehr stimmig, reale Lage und juristische Aufarbeitung sind asymmetrisch geworden.

Es wäre höchste Zeit, diese Situation neu zu bearbeiten. Der Streit der Zivilgesellschaft mit Neonazis um den öffentlichen Raum auf der einen Seite, die Konfrontation mit dem Verhalten von Polizei und Staatsanwaltschaft auf der andern Seite, darf kein Dauerzustand bleiben. Es muss doch allen Beteiligten auf demokratischer Seite klar sein, dass es nur bei einem Zusammenklang von Staat mit seinen repressiven Möglichkeiten, Justiz in ihrer Unabhängigkeit und nicht zuletzt dem Engagement der Zivilgesellschaften dauerhaft gelingen wird, die Rechtsextremisten in Dortmund zumindest soweit einzudämmen, dass sie nicht ständig ihr bedrohliches Potenzial entfalten können. Es kann doch kein Normalzustand sein, dass Journalisten bedroht werden, wenn sie über Rechtsextremismus schreiben, dass eine kirchliche Veranstaltung unter Polizeischutz stattfinden muss, nur weil dort der aktuelle Dortmund-Tatort zum Thema Rechtsextremismus gezeigt wird, oder dass in widerwärtiger Weise dem Opfer eines Flugzeugabsturzes Hasstiraden hinterher gerufen werden. Auch diese Liste ließe sich fortsetzen. Es zeigt sich, dass es derzeit nicht die ausreichenden Formate, Konstellationen gibt, die diesen Punkt angehen. Hier sind neue Initiativen dringend notwendig.

Vom Wahlabend bleiben neben den Erschütterungen im Verhältnis Zivilgesellschaft und Polizei, weitere Fragen:

- Wieso quittierte der Staatsschutz seinen Dienst im Rathaus und bemerkte nicht das Auskundschaften durch die Rechten?

- Warum stützt sich der Staatsschutz mehr auf die Aussage eines stadtbekannten Neonazis, als auf eine Zivilgesellschaft, die im Vorfeld versuchen wollte, solche Vorfälle, wie sie am Wahlabend traurige Realität wurden, zu vermeiden?

- Aus welchem Grund werden eindeutige Hinweise wie der Tweet "Mit einem Schlag ins Rathaus " nicht für bare Münze genommen? Und das, obwohl dieser Tweet schon in der Nacht zuvor Journalisten bekannt war?

- Aus welchem Grund wird der Inhalt des Telefonats mit Olaf Schlösser (DIE PARTEI) nicht veröffentlicht? (siehe den Bericht im Obdachlosenmagazin BODO)

- Warum wurden wichtige Zeugen nicht gehört, obwohl sie sich der Polizei angeboten haben?

- Warum kann die bedrohliche Wirkung von Kampfrufen wie „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“ von der Polizei nicht angemessen bewertet und verfolgt werden?

- Woher kommt die Haltung in politischen und juristischen Kreisen, dass Rechtsextremismus als dummer Jungenstreich pubertierender Ausgestoßener aus dieser Gesellschaft zu sehen ist? So wurde zuletzt in Dortmund das Tragen von T-Shirts mit der Aufschrift „StadtSchutz“ nicht als Einschüchterung einer auf Gewalt basierenden Ideologie gewertet, sondern als ein Spaß ähnlich eines Junggesellenabschieds.

Solange die Ereignisse der Wahlnacht nicht aufgearbeitet und die strafrechtliche Bedrohung der Rathaus-Beschützer nicht beendet sind müssen die offenen Fragen öffentlich gestellt werden. Ohne das wird es schwerlich möglich sein, die beschriebene Entfremdung zu überwinden. Wem das aber letztlich nutzt, sollte allen Demokrat/innen bewusst sein.

Die demokratische Stadtgesellschaft braucht eine gemeinsame, zukunftweisende Strategie gegen Rechtsextremismus.

Jutta Reiter, Friedrich Stiller

Manche Menschen werden rüder...

Die Zivilgesellschaft sucht die Stadt gegen aggressive Nazis zu schützen

Es geht um eine Grundfrage der Demokratie. Und dieser Streit ist nicht akademisch. Die Herrschaft des Volkes ist ein freies und solidarisches Spiel der Kräfte. Sie kann sich nur entfalten in einer offenen Gesellschaft. Aber in dieser muss gleiches Recht für alle herrschen. Demokratische Partizipation erfordert, dass jede und jeder gleichberechtigt Einfluss nehmen kann, der in einer Stadt, in einer Region, in einem Land mit anderen zusammen lebt. Wieviel Spielraum haben dabei auch die Feinde, die Gegner der Demokratie?

Das sind schon viele Baustellen. Wer sind denn “wir” - das Volk? Die Deutschen? Die Nation? Die Bürger dieser Stadt? Oder alle ihre Einwohner - also nicht nur die Heimischen, sondern auch die Migranten und Ausländer, kurz: Alle Menschen in Dortmund?

Rechtsextremisten behaupten, dies sei “ihre Stadt”. Sie grölen “Deutschland, Deutschland über alles“ und pöbeln „Ausländer raus!” Sie reihen sich damit ein in die Unmenschlichkeit und den Rassismus der Nationalsozialisten, die vor zwei und drei Generationen in Eroberungs- und Vernichtungskriegen sowie im Völkermord des Holocaust viele Millionen Menschenleben auslöschten.

Die Staatsideologie und das mörderische Machtsystem des Nationalsozialismus konnten sich mit weitgehender Zustimmung der Deutschen aus der demokratisch verfassten Weimarer Republik heraus - und damit gegen die Demokratie - entwickeln. Das Grundgesetz von 1949 verpflichtet die in der Bundesrepublik lebenden Menschen dazu, Würde und Rechte eines jeden Einzelnen und einer jeden Partei und Gruppe so zu schützen, dass Vielfalt und Toleranz die Demokratie prägen und niemals wieder Menschen und Minderheiten ausgegrenzt werden dürfen.

Zu den Grundrechten aller Menschen und zu den Voraussetzungen der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung gehört Meinungsfreiheit. Nur: Wie kann die Zivilgesellschaft damit umgehen, dass extreme Nationalisten dieses auch ihnen verbürgte Menschenrecht für sich allein beanspruchen und für andere in Frage zu stellen, beschneiden oder gar abzuschaffen wollen?

Rechte und Freiheiten eines jeden Menschen haben ihre Grenzen im Anspruch aller Menschen auf gleiche Rechte und Freiheiten. Hohe Gerichte sehen die Meinungsfreiheit daher als elementares Grundrecht, das allen und selbst Gegnern der Demokratie zusteht.

“Deutschland den Deutschen?” Viele Menschen in diesem Land sehen in solchen und ähnlichen Parolen einen unerträglichen Angriff auf unsere Demokratie, die Platz haben muss für alle Menschen. Als Befürworter einer offenen Zivilgesellschaft treten sie daher den Rechtsextremisten und Nationalisten entgegen. In Dresden, Leipzig, Köln oder Dortmund.

Die Zeichen stehen auf Sturm

Am Abend des 25. Mai 2014 waren Mitglieder der Zivilgesellschaft in Dortmund mit einer Gruppe von Neonazis konfrontiert: Sie versuchten die Bürgerhalle des Rathauses zu schützen, in welcher eine öffentliche Wahlparty mit der Bekanntgabe der Stimmergebnisse der Europawahl, der Kommunalwahl und der Wahl des Dortmunder Integrationsrats stattfand. Kurz nach 22 Uhr beobachteten sie, dass sich: Angehörige oder Anhänger der extremistischen Partei DIE RECHTE dem Rathaus mit einem provokanten Aufmarsch näherten – offenkundig, um die Veranstaltung aller Dortmunder zu ihrer eigenen

Feier nach dem sich abzeichnenden Gewinn ihres ersten Mandats im Rat der Stadt umzufunktionieren. Viele Party-Teilnehmer sammelten sich spontan vor dem Portal, um die Wahlparty für jeden Mann und jede Frau zu schützen. Staatsschutz-Beamte, die das Rathaus und die dort anwesenden, politisch interessierten Menschen hatten schützen sollen, waren bereits abgerückt und mussten nun neu alarmiert werden.

Die Ereignisse dieser Wahlnacht spiegelten sich in vielen Medien und Diskussionen wider. Die polizeiliche Bilanz, wie sie sich einen Monat später in einem Bericht des Innenministers für den Innenausschuss des Landtags von Nordrhein-Westfalen niederschlug, löste weitere Empörung und Diskussionen aus: Vor allem weil inzwischen neben den extremistischen Feinden der Demokratie auch zahlreiche Verteidiger der Demokratie - und hier konkret die Schützer des Dortmunder Rathauses - im Fokus von Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft stehen. Der Bericht des Ministers Jäger erweist sich in seinem gesamten Duktus als - wie der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus sagen wird - tendenziös und lückenhaft. Die Wahrnehmungen der Betroffenen sind nur unzureichend wiedergegeben.

Die Dortmunder Wahlnacht 2014 war nicht eine Probe, sondern der Ernstfall aufs Exempel: Wie kann sich die Demokratie in einer Stadt wie Dortmund gegen Verfassungsfeinde und Demokratiegegner wehren, die erkennbar alles daran setzen, die städtische Zivilgesellschaft abzuschaffen?

Das ist Anlass genug für eine Nachbetrachtung. Diese Dokumentation will mit demokratischem Engagement die Fakten beleuchten, Motive untersuchen und Perspektiven aufzeigen.

Vorbereitungen im Rathaus

Wo anders als im Rathaus am Friedensplatz 1 hätte am Abend des 25. Mai 2014 nach der Europa- und Kommunalwahl und der in dieser Stadt nicht minder wichtigen Wahl des Integrationsrats die traditionelle Auszähl-Party stattfinden sollen? Hier ist der Sitz des Rates und des Oberbürgermeisters. Als Abschluss der Neugestaltung der Stadt nach dem Krieg, nach der Niederlage des Nationalsozialismus und dem Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft entstand - nicht ohne politischen Streit - das repräsentative Gebäude während der Rezessionsjahre 1986 bis 1989 in einem finanziellen Kraftakt. Die Glaskuppe der Bürgerhalle steht für Transparenz und Offenheit und der Oberbürgermeister ermöglicht eine vielfältige Nutzung der Bürgerhalle als Veranstaltungsort für Bürgerinnen und Bürger, für alle Einwohner der Stadt, die zigtausende von Migranten integriert hat.

Die Stimmauszählungen von den ersten Prognosen bis zum amtlichen Wahlergebnis hatten hier von Anfang an ihren Platz. Wahlsieger feiern und Verlierer trauern in den Fraktionszimmern separat, in der Bürgerhalle aber auch gemeinsam. Aber schon auf der ersten Wahlparty 1989 gab es drei neu in den Rat Gewählte, die von der breiten Mehrheit nicht willkommen geheißen wurden, aber nach dem Entscheid ihrer Wähler dabei sein sollten: Rechtsextremisten, die an das politische Konzept des Nationalsozialismus und Rassismus anknüpfen und deshalb in der bundesrepublikanischen Gesellschaft aus guten Gründen zu Randfiguren und Außenseitern geworden sind.

Ihr politisches Auftreten ist durch das Privileg der Parteien, sich auch mit diskriminierenden und ewig gestrigen Ansichten zur Wahl zu stellen, weitgehend geschützt. Die Mehrheit der demokratischen Parteien, Politiker und Zeitgenossen versucht, den Rechtsextremisten entgegen zu treten, sie zu entlarven, ihren Spielraum einzugrenzen. Dennoch: Am rechten Rand der Gesellschaft finden sie immer noch - vor allem solange sie nicht formal gegen Grundrechte und geltende Vorschriften verstoßen - Akzeptanz, wenn sie ihr Recht auf Präsenz im politischen Leben durchsetzen wollen. Oft genug führt das dazu, dass sie formelle Vorschriften peinlich genau befolgen, um selbst keinen Vorwand für ein Verbot zu liefern.

So kann sich das Rathaus bei öffentlichen Wahlpartys der Teilnahme von neuen Nazis nicht ohne weiteres verschließen, so lange ihre Parteien nicht verboten sind und sie sich an Recht und Gesetz halten. Im Mai 2014 war dies nicht unbedingt zu erwarten. Die erstmals in der Dortmunder Kommune zur Wahl antretende Partei „Die Rechte“ hatte sich immerhin erst kurze Zeit zuvor aus dem Personenkreis der Autonomen Nationalisten gebildet, die Straftaten begangen hatten, nach dem Vereinsgesetz verboten worden waren und nun das Privileg einer politischen Partei in Anspruch nahmen. Eine Mischung aus wenigen rechtsextremen Studierenden mit großen Internet-Kenntnissen, eher schlichten Skinheads und einigen älteren Herren, die das Jahr 1945 nicht als historische Wende begriffen haben.

Überlegungen vor dem Urnengang

Doch - es gab Vorbereitungen auf diesen Wahltag. Anders als noch 1989 gibt es heute im Rathaus ein Büro für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Auf der Wahlparty waren Mitglieder des Integrationsbeirats der Stadt anwesend. Dortmund, das die Rechtsextremisten wiederholt zu ihrem bundesweiten Sammelpunkt erklärt hatten, präsentierte sich seit Jahren immer wieder als offene und politisch wie gesellschaftlich bunte Stadt.

Am 7. Mai 2014 findet eine Sitzung des Begleitausschusses der städtischen Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie statt. Einige Anwesende werfen hier die Frage auf, ob nicht ein koordiniertes Vorgehen der zivilgesellschaftlichen Kräfte am Wahlabend des 25. Mai 2014 für den Fall diskutiert werden solle, dass es der erstmals kandidierenden Partei DIE RECHTE gelingen würde, mindestens ein Mandat für den Rat der Stadt zu erringen. Die Sprecherin des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus gewinnt hier den Eindruck, dass von Seiten der Stadt kein Interesse an einer gemeinsam verabredeten Aktivität besteht. Eine von vornherein entwickelte Strategie der Konfrontation soll offenbar vermieden werden.

Der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus kommt am 13. Mai 2014 zu einer Sitzung zusammen. Eine Teilnehmerin erklärt sich bereit, bei im Arbeitskreis vertretenen Parteien anzufragen, ob der Arbeitskreis seine Plakate mit dem Motto “Kein Platz für Rechtsextremismus” als gemeinsamer Slogan gegen Rechtsextremismus auf den Wahlplakatständern der Parteien aushängen darf. Das wird von allen Parteien befürwortet und an vielen Stellen in der Stadt realisiert.

Der Arbeitskreis beauftragt ihr Mitglied auch, bei der Rathausverwaltung und zwei Fraktionen nachfragen, ob es inzwischen Vorkehrungen für einen möglichen Einzug der Partei „Die Rechte“ in das Rathaus am Abend der Kommunalwahl gibt. Ihr wird in den folgenden Tagen versichert, das Rathaus sei „im Bilde“ und bereite sich entsprechend vor.

Überdies wird verabredet, am Wahlabend möglichst früh zu erkunden, ob „Die Rechte“ mit einem Einzug in der Rat rechnen kann. Für diesen Fall verabreden mehrere Mitglieder des Arbeitskreises, auf der Wahlparty im Rathaus zusammen zu kommen, um die Situation zu beobachten und bei Übergriffen von Extremisten Maßnahmen zum Schutz friedlicher Wahlparty-Teilnehmerinnen und Teilnehmer ergreifen zu können.

Polizeiliche Einsatzmaßnahmen im Vorfeld der Kommunalwahl

Wie aus den Berichten des Polizeipräsidiums Dortmund und des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) hervorgeht, fand 13 Tage vor der Wahl ein Gespräch zwischen Vertretern des Präsidiums und der städtischen Rechtsdezernentin Jägers sowie weiteren Mitarbeitern der Stadt Dortmund statt. Dabei wurden verstärkte polizeiliche Beobachtungen und Beratungen für die Wahllokale in Dorstfeld und Westerfilde vereinbart.

Thematisiert wurde bei dieser Gelegenheit auch die traditionell an Wahltagen im Rathaus ab 18 Uhr stattfindende Wahlparty, die es erlaubt, Hochrechnungen und die Bekanntgabe von Wahlergebnissen zu beobachten. Die Lagebeurteilung klingt nicht alarmierend: Die Bürgerhalle im Parterre des Rathauses ist an Wahlabenden regelmäßig öffentlich zugänglich. Eine Einlasskontrolle wird nicht vorgesehen. Die Räumlichkeiten der im Rat vertretenen Fraktionen, die sich in den oberen Stockwerken befinden, sind während dieser Wahlpartys nicht unmittelbar für die Öffentlichkeit zugänglich, traditionell finden aber auch dort Beobachtungen des Wahlausgangs statt. Und die Angehörigen der Fraktionen haben nicht selten “offene Türen”, um mit ihren Gästen Erfolge oder Niederlagen bei der Wahl zu würdigen.

In diesem Gespräch am 12. Mai wurde nach dem Polizei-Bericht seitens der Stadt die Auffassung vertreten, dass auch Angehörigen der rechten Szene der Zutritt zur öffentlichen Wahlparty in der Bürgerhalle nicht verwehrt werden könne. Dementsprechend wollte die Rechts-Dezernentin mit den Fraktionen vereinbaren, derartigen Besuchern nicht von vornherein größere Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen. Ein “erhöhtes Gefahrenpotential” sei weder von den Vertretern der Stadt noch der Polizei gesehen worden.

Protokolliert ist darüber hinaus in einem für den Innenminister gefertigten Bericht, dass Beamte der Kriminal-Inspektion Staatsschutz am 23. und 24. Mai Gespräche mit Michael Brück, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Partei DIE RECHTE, geführt hätten, der auf Nachfrage verneint habe, dass ein Besuch der Wahlparty im Rathaus geplant sei. Die Stimmauszählung der Kommunalwahl werde ja erst nach der Europawahl erfolgen. Einen möglichen Wahlerfolg wolle man deshalb in kleinem Kreis in Dorstfeld feiern...

Nach der Wahl: Stimmauszählungen und Ergebnisse

Am 25. Mai 2014 werden um 18 Uhr die Wahllokale für die Europawahl und die Kommunalwahl des Landes Nordrhein-Westfalen geschlossen. Unmittelbar danach beginnt die öffentliche Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse. Der Wahlleiter im Dortmunder Rathaus rechnet erst gegen 22 Uhr mit einem vorläufigen amtlichen Endergebnis der Wahl für das Amt des Oberbürgermeisters, für den Rat der Stadt und die zwölf Bezirksvertretungen. Schon früh steht fest: Nur rund 45 Prozent der Dortmunder Wahlberechtigten haben in den Wahllokalen oder per Briefwahl an den Entscheidungen mitgewirkt.

In den 419 Wahlbezirken hat sich an diesem Tag noch keine Kandidatin und kein Kandidat die notwendige absolute Mehrheit als Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister sichern können. Es erhielten Ullrich Sierau, SPD, 43,70%, Annette Littmann, CDU, 32,00%, Daniela Schneckenburger, GRÜNE, 11,20%. Sechs weitere Bewerber erreichten 5,8 bis 0,5 Prozent. Erst nach der Stichwahl am 15. Juni 2014 – mit wenig mehr als 30 % Wahlbeteiligung - steht fest, dass Sierau mit 51,6 % der abgegebenen Stimmen Oberbürgermeister in Dortmund bleibt. Littmann verbucht 48,4 %.

Um Mandate im Rat der Stadt Dortmund haben sich bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 insgesamt 16 Parteien und Einzelkandidaten beworben. Hier das Ergebnis nach Prozentanteilen bei den gültigen Stimmen, ergänzt mit der Zahl der im Rat errungenen Mandate.

SPD 38,20% - 36 Sitze
CDU 27,20% - 26 Sitze
GRÜNE 15,40% - 15 Sitze
DIE LINKE 6,80% - 6 Sitze
AfD 3,40% - 3 Sitze
FDP 2,40% - 2 Sitze
Piraten 2,30% - 2 Sitze
DIE RECHTE 1,00% - 1 Sitz

Bürgerliste 1,00% - 1 Sitz
NPD 0,90% - 1 Sitz
FBI (Freie Bürgerinitiative Dortmund) 0,70% - 1 Sitz
Ohne Mandat bleiben die Wahlbewerber BIG mit 0,30%, DUW mit 0,10%, DKP mit 0,10%, DIE PARTEI mit 0,10% und Manekeller mit 0,00%.
Damit sind 83 Mandate an die großen, auch im Berliner Bundestag vertretenen Parteien/Fraktionen gefallen. Elf Mandate im Dortmunder Rat haben Gruppierungen erhalten, deren Stimmenanteil deutlich unter fünf Prozent liegt. Das Kommunalwahlgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen sieht eine Sperrklausel für Kommunalparlamente ("5-Prozent-Hürde") nicht mehr vor. Auch Minderheiten sollen in den Städten und Gemeinden politisch zu Wort kommen.

An diesem Wahlabend - das ist bereits dargelegt - konzentrierte sich das öffentliche Interesse in Dortmund nicht nur auf das Abschneiden der großen Parteien. Nach dem Verbot der "Autonomen Nationalisten" im Sommer 2013 , zu denen die "Freie Kameradschaft" des rechtsextremen "Nationalen Widerstands Dortmund" (NWDO) gehörte, richtete die große Mehrheit der Dortmunder Zivilgesellschaft und der Medien ihr Interesse auf die Frage, ob der gleiche Personenkreis als Mitglieder, Kandidaten oder Sympathisanten der neuen Partei DIE RECHTE ein Mandat des Dortmunder Rats erringen würde.

Die Kleinpartei ist am 27. Mai 2012 vom Hamburger Rechtsextremisten Christian Worch gegründet worden und hat mit Schwerpunkt in Dortmund ihren Landesverband Nordrhein-Westfalen etabliert. Als Spitzenkandidat für die Dortmunder Kommunalwahl wurde Siegfried Borchardt präsentiert, der sich 1982 als Gründer der "Borussenfront" im Umfeld des BVB Dortmund seinen Spitznamen "SS-Siggi" und eine eng begrenzte Popularität erwarb. Erste rechtsextremistische Politik-Versuche Borchardts scheiterten 1995 mit dem Verbot des Vereins "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), dessen lokaler Heroe der jetzige Spitzenkandidat der Partei „Die Rechte" damals war.

Am Wahlabend des 25. Mai 2014 zeigte sich bald nach Schließung der Wahllokale, dass Borchardt mit rund einem Prozent der gültigen Stimmen ein Ratsmandat erhalten würde. Für die Mitglieder der Zivilgesellschaft, darunter Vertretern des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus, war diese Prognose bereits früh am Abend aufgrund der geringen Wahlbeteiligung absehbar. Einige Gegner der Rechtsextremisten machten sich jetzt auf den Weg in das Dortmunder Rathaus.

Den Dienst quittiert: Der Staatsschutz geht um 22:05 Uhr

Erstaunlich ist vor diesem Hintergrund, dass die zunächst bei der Wahlparty im Dortmunder Rathaus anwesenden und eingesetzten Polizeikräfte, darunter Angehörige der Kriminal-Inspektion Staatsschutz, ab 22 Uhr nicht mehr mit einem Auftauchen der Rechtsextremisten und einer möglichen Zuspitzung der Lage rechneten.

Nach dem einen Monat später vom Innenminister Nordrheins-Westfalens vorgelegten Bericht über den polizeilichen Einsatz wurden an diesem Wahltag die Medien Twitter und Facebook der Seite „Die Rechte" sowie der Internet-Auftritt "Dortmundecho.org" ab 14.00 h etwa stündlich durch Beamte des Polizeilichen Staatsschutzes ausgewertet. Erkenntnisse über einen möglichen "Sturm" auf das Rathaus fand man zunächst nicht. Ein "Posting" mit einem Foto von Siegfried Borchardt und der Textzeile "Mit einem Schlag ins Rathaus" wurde erst um 21.16 h bei Twitter gesichtet, aber nicht als wörtlich zu verstehende Ankündigung, sondern lediglich als Fazit des Wahlausgangs betrachtet. Ein weniger argloser Dortmunder Journalist will den gleichen Hinweis schon mindestens einen Tag früher im Internet gesehen haben.

Der Bericht des Ministers: "Dem PP Dortmund wurde um 20.50 Uhr bekannt, dass Erkenntnisse vorliegen, wonach im Kreise der Partei 'Die Rechte' der 'Wahlsieg' in Dortmund-Dorstfeld gefeiert

werden solle.” Diese dem Polizeipräsidenten nun übermittelte Einschätzung war - wie oben erwähnt - die an den beiden Vortagen durch eine eher naiv erscheinende Befragung des stellvertretenden Landesvorsitzenden der “Rechten”, Michael Brück, gewonnene Erkenntnis.

Nach Darstellung des Ministeriums wurde sie zehn Minuten später nochmals durch Ohren- und Augenschein gestützt: “Bei einer Überprüfung um 21.00 Uhr im Bereich der Thusneldastraße in Dortmund-Dorstfeld, wo eine Vielzahl von Angehörigen der rechten Szene wohnhaft ist, konnten die Beamten aus einem Wohnhaus hören, dass sich dort mehrere Personen zu einer kleinen Feier aufhielten. Vor dem Haus trafen sie zudem auf eine namentlich bekannte Person des rechten Spektrums, von der sie ebenfalls erkannt wurden.”

Die Beamten konnten anschließend auch im Rathaus keine beunruhigenden Feststellungen treffen. Sie entdeckten weder bekannte Angehörige des rechten Spektrums noch solche, die “ihrem Aussehen nach” dem linken Spektrum zuzurechnen gewesen wären. Vielmehr wirkte die Stimmung unter den herumstehenden, in Gespräche vertieften, rauchenden oder telefonierenden Personen so “friedlich und gelöst”, dass die Beamten gegen 22:05 h das Rathaus verließen und sich in ihr Präsidium begaben. Der Bericht insistiert: “Die Behauptungen, das Verhalten der Angehörigen der rechten Szene sei im Vorfeld im Internet angekündigt worden, konnten bislang von keiner Seite belegt werden.”

Um 22:10 Uhr geht bei der Polizei der erste Anruf ein

Die Polizeibeamten hatten das Rathaus nach dem Bericht des Innenministers um 22:05 h verlassen - in einer fatalen Fehleinschätzung der Situation. Während sie dem Bericht zufolge von einem ruhigen Ausklang der Wahlparty ausgingen, war schon Gefahr im Verzug. Etwa gleichzeitig mit ihrem Eintreffen im Präsidium muss dort, wenn man dem nun minutiös dargelegten Ablauf der Ereignisse folgt, im Polizeipräsidium das Telefon geklingelt haben. Die Leitstelle registrierte um 22:10 h den Anruf eines Vertreters des Dortmunder Integrationsrats, der auf eine sich abzeichnende “Auseinandersetzung zwischen Personen des rechten und des linken Spektrums” hinweist. Eine Aufklärung des Sachverhalts vor Ort wird zugesagt. Der Dienstgruppenleiter (DGL) wird umgehend zum Rathaus geschickt, er veranlasst einen weiteren Funkstreifenwagen, zum Einsatzort mitzufahren.

Vier Minuten nach diesem ersten Anruf kommt um 22.14 h der erste Streifenwagen am Rathaus an. Der Dienstgruppenleiter trifft in der nächsten Minute vor Ort ein. Der Bericht des Ministers dürfte hier dessen Wahrnehmungen spiegeln: “Zu diesem Zeitpunkt standen sich etwa 30 Personen des rechten Spektrums sowie 100 Personen des linken/bürgerlichen Spektrums, darunter auch etwa 20 vermummte Personen der Antifa, auf der Treppe zum Haupteingang des Dortmunder Rathauses gegenüber.”

Für 22.13 h vermerkt der Bericht aus dem Präsidium einen weiteren Anruf, der ebenfalls auf etwa 30 Personen der rechten Szene vor dem Rathaus hinweist, die die Parolen "Deutschland den Deutschen!” und “Ausländer raus!" rufen würden. Der Bericht stellt fest: “Unmittelbar nach diesem Anruf wurden weitere Fahrzeuge zum Einsatzort entsandt.” Wahrscheinlich ist, dass die Leitstelle der Polizei hier einen längeren Anruf von Olaf Schlösser über den Notruf 110 in ihren Rapport an den Innenminister aufgenommen hat.

Olaf Schlösser berichtet der Polizei live über Körperverletzung

Schlösser sieht in der Politik auch satirische Aspekte. Er hat sich für die von Redakteuren des Magazins “Titanic” gegründete Spaß-Partei “Die Partei” um ein Ratsmandat beworben und erwartungsgemäß mit 0,1% nur wenige Stimmen bekommen.

Gegen 22 Uhr befindet er sich - wie einen Monat später das Bochum-Dortmunder Obdachlosenblatt “Bodo” berichtet - in Gesprächen mit Angehörigen unterschiedlicher Parteien auf der Treppe zwischen

Rathaus und Friedensplatz. Im “Bodo”-Interview mit Schlösser wird deutlich, dass die Beamten des Staatsschutzes bei ihrem Rückzug um 5 Minuten nach 22 Uhr nicht aufmerksam genug gewesen zu sein scheinen. Schlösser sagt: “Es war kurz vor 22 Uhr, als zwei, möglicherweise drei junge Männer auf dem Friedensplatz auftauchten, die von auf der Rathaustreppe Anwesenden als Dortmunder Nazis erkannt wurden. Es gab ‘Nazis raus’-Rufe und einige Leute liefen ihnen entgegen, um sie zu vertreiben. Später war klar, dass es eine Art ‘Vorhut’ war, ich hätte sie nicht erkannt. Diese Leute sind mit dem Auto gekommen, das im hinteren Teil des Friedensplatzes geparkt hatte.” Der Kleinbus soll laut Szene-Kennern einem NPD-Mitglied aus Unna gehören und schon wiederholt als Transporter der Dortmunder Neonazis gesichtet worden sein. Die Polizei sollte es kennen.

Eine unmittelbare Eskalation befürchtet Schlösser allerdings erst direkt nach der - wahrscheinlich auch von den Nazis beobachteten - Abfahrt der Polizeibeamten. Der Kommunalpolitiker Schlösser blickt um 22:10 h von der Rathaustreppe in Richtung Balkenstraße. Im Interview bekräftigt er: “Um 22:10 h sah ich da eine größere Gruppe von Männern, die sich in einheitlichen T-Shirts auf das Rathaus zu bewegten. Ich sagte zu meinen Begleitern so etwas wie: ‘Das könnte gefährlich werden’ und wählte den Notruf. Mein Handy zeigt 22.11 h für diesen Anruf an.” Der Chronometer seines Telefons ging der Uhr im Polizeipräsidium offenbar um zwei Minuten nach.

Schlösser gibt an, sein Handy habe die Anrufdauer mit 5 Minuten und 28 Sekunden registriert. In dieser Zeit will er detailliert geschildert haben, was wenige Meter vor ihm passierte: “Als die Nazis, ca. 30, an uns vorbei waren, liefen sie zielstrebig auf den Rathauseingang zu. Da stand eine große Gruppe Leute, die sich untergehakt hatte. Die Nazis gingen direkt auf sie zu und begannen dann auf sie einzuschlagen. Es ist dann wirklich ziemlich eskaliert. Diese Menschenkette wurde gezielt angegriffen. Von der Seite kam nach einiger Zeit Polizei, die ich erst für Verstärkung der Nazis gehalten habe, es war ja schon ziemlich dunkel. Dem Beamten am Telefon habe ich auch das berichtet, dass Kollegen eingetroffen sind.” Der Beamte habe dann zu Schlösser gesagt, er könne jetzt auflegen.

Vertreter der Zivilgesellschaft geraten in Verdacht

Im Interview unterstreicht Schlösser, dass die Gewalt beim Angriff auf die Rathaustreppe von rund 25 bis 27 Mitgliedern der Nazi-Gruppe ausgegangen sei. Borchardt selbst habe sich zurückgehalten und “eher dirigiert”. Schlösser hatte den Eindruck, dass die Gegendemonstranten am Rathaus froh darüber waren, von den ersten eintreffenden Polizisten beschützt zu werden: “Das war eine Art Schulterschluss. Die Polizei stand mit dem Rücken zum Rathaus und hat die Nazis in Schach gehalten.”

Der Lokalpolitiker stellt im Gespräch mit “Bodo” dann weiter dar, wie er fast eine Stunde lang versucht hat, die von ihm beobachteten Volksverhetzungen und Körperverletzungen zur Anzeige zu bringen. Wie im Telefonat habe er auch einer Polizistin vor Ort nochmals seine Personalien genannt. Tage später kam aber nach seiner Darstellung weder eine Aufforderung, Anzeige zu erstatten oder als Zeuge auszusagen, sondern die Mitteilung, dass gegen ihn, wie gegen zahlreiche Gegendemonstranten, wegen des Verdachts der Nötigung ermittelt werde.

Die Interview-Aussagen von Schlösser decken sich nur zum Teil mit dem im Juni gefertigten Bericht des Innenministers, der weitgehend auf Darstellungen der Dortmunder Polizei beruht. Anders als beim Zeugen Schlösser geht es in diesem Bericht von Anfang an nicht um einen Schutz der Verteidiger des Rathauses vor den anrückenden Angreifern, sondern um ein Handgemenge von zwei aggressiven Gruppierungen: “In dem Tumult wurden nach Angaben der ersten Einsatzkräfte Flaschen geworfen und Reizgas eingesetzt sowie geschlagen. Mit den ersten zur Verfügung stehenden 8 Einsatzkräften konnte der DGL und zu diesem Zeitpunkt Einsatzleiter vor Ort, die aggressiven Parteien voneinander trennen. Die nur durch eine Polizeikette getrennten Gruppierungen versuchten dennoch fortwährend sich

gegenseitig zu attackieren, so dass aufgrund der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Einsatzkräfte weitere Unterstützungskräfte angefordert werden mussten."

Um 22:17 h Präsidiums-Zeit - wenn Schlössers Handy-Zeit stimmt, Sekunden nach Ende seines Anrufs - übernimmt der Dienstgruppenleiter der Leitstelle im Präsidium die Einsatzführung. Alle freien Streifenwagen werden mit Blaulicht-Freigabe zum Rathaus beordert. Der Einsatzleiter bildet die zwei Einsatzabschnitte "Rathaus außerhalb" und "Rathaus innerhalb" und richtet Anlaufstellen für die Presse und für die eigenen Ermittler ein. Bei der Feuerwehr werden Rettungswagen angefordert, als mehrere Personen als verletzt gemeldet waren.

In der nächsten Minute fordert der Einsatzleiter bei der Landesleitstelle der Polizei Unterstützung aus den umliegenden Behörden an. Einen Satz weiter heißt es im Bericht des Innenministers eher artig: "Zu diesem Zeitpunkt wurde durch Einsatzkräfte u.a. die Anwesenheit des Kreisvorsitzenden der Partei 'Die Rechte', Herrn Siegfried Borchardt (später gewähltes Ratsmitglied), gemeldet."

Wieder zwei Minuten später, um 22:20 h, meldet der Dienstgruppenleiter des Abschnitts "Rathaus außerhalb" den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizeikräfte. Mit offenkundiger Wirksamkeit: Um 22:21 h - sieben Minuten nach dem Eintreffen des ersten Streifenwagens - wurde der Zentrale im Präsidium gemeldet, dass die körperlichen Auseinandersetzungen auf dem Friedensplatz beendet waren.

Ein Kessel Braunes und kein Kessel Buntes

Die polizeiliche Arbeit war damit nicht getan. Nach der unmittelbaren Gefahrenabwehr, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit, beginnt erst die Ermittlung im Einzelnen. Es gilt mögliche Täter, Geschädigte und Zeugen zu erfassen, ihre Personalien festzustellen. Um die Personen einer Gruppe zum Feststellen der Personalien zu "erfassen", pflegt die Polizei sie zu umstellen oder einzukesseln. Dies war nach Einschätzung des Dienstgruppenleiters auf dem Friedensplatz nur bei der kleineren, zuletzt 22-köpfigen Gruppe der Rechtsextremisten möglich. Um 23:06 h sind die Personalien der Eingekesselten festgestellt. Es wurden aber, wie sich später zeigt, wohl nicht nur Personalien notiert, sondern auch Anzeigen der Rechtsextremisten wegen angeblich erlittener Körperverletzungen aufgenommen. Eine halbe Stunde später, so stellt es die Polizei fest, haben alle Mitglieder der Gruppe den Friedensplatz verlassen.

Der Bericht des Innenministers bezeichnet die Gegenseite mehrfach als die rund "100 Personen des linken/bürgerlichen Spektrums". In dieser Gesellschaft befanden sich nicht nur öffentlich bekannte Personen der Stadt- und Landespolitik, sondern auch "vermummte Personen". Auch der polizeibekannte "Herr Borchardt" wird zitiert, dem "durch ca. 100 Personen (Bürgerliche und Antifa)" der Weg ins Rathaus verwehrt worden sei. "Im weiteren Verlauf sei es dann zu körperlichen Auseinandersetzungen gekommen."

Nach den Angaben des Berichts des Innenministers wurden auch drei Minuten nach Beendigung der Auseinandersetzungen auf dem Friedensplatz noch auswärtige Polizeikräfte angefordert. Insgesamt haben demnach „59 Einsatzkräfte aus umliegenden Behörden (Bochum, Recklinghausen, Essen, Oberhausen, Hagen, Unna, Ennepe-Ruhr-Kreis, Hamm, Märkischer Kreis, Coesfeld, Wuppertal), sowie der Bundespolizei und Polizeifliegerstaffel" mit 13 Streifenwagen ausgeholfen, selbst "3 Diensthundführer (DHF) mit Diensthund (DH)" eilten nach dem Ende der Tätlichkeiten noch zu Hilfe.

Das Ergebnis dieses Auftriebs erscheint auf dem ersten Blick mager. Der Innenminister stellt in seinem Bericht fest, dass neben der Erfassung der Rechtsextremisten nur von "5 Personen der linken Szene, die an den Auseinandersetzungen beteiligt waren, ebenfalls die Personalien aufgenommen" wurden. Und weiter: "Da die Kräftelage für eine Umstellung der größeren Personengruppe aus

linkem/bürgerlichem Spektrum nicht ausreichend war, mussten strafprozessuale Maßnahmen auf diese 5 Personen, die konkret durch Angehörige der rechte Szene beschuldigt wurden, Körperverletzungsdelikte zu deren Nachteil begangenen zu haben, beschränkt werden."

"Alle behördenfremden Kräfte waren bis 23.50 Uhr entlassen." Das kann die Polizei dann auch für das bürgerlich/linke Spektrum zu Protokoll geben.

Hetzparolen von Extremisten und fragwürdige Noten von der Polizei

Es bleiben Streitfragen, ob das, was da auf die Wahlparty an diesem Abend eingestürmt ist, mit Volksverhetzung oder Landfriedensbruch zu tun hatte. Anrufer wie Olaf Schlösser hatten ja geschildert, dass die Parolen "Deutschland den Deutschen!" und "Ausländer raus!" skandiert wurden. Nachgedacht wurde auch, ob am Ende das Absingen der nicht verbotenen, aber eindeutig nicht zur deutschen Hymne gehörenden ersten Strophe des Deutschlandliedes nur im Chor oder auch schon durch nur vereinzelte Sängern als üble und revanchistische Hetze bewertet werden kann und muss. Minister Jäger in seiner Landtagsdrucksache: "Der DGL vor Ort berichtet, dass er zu keinem Zeitpunkt das Rufen volksverhetzender Parolen oder Singen der ersten Strophe des ‚Deutschlandliedes' durch die gesamte Gruppe wahrgenommen habe."

Dass andere Zeugen diese Vorfälle gleichwohl bestätigen, muss dem nicht widersprechen. Die Polizei kam ja einerseits unstreitig mit Verspätung und hatte andererseits zunächst Augen und Ohren auf die "hochemotional und deutlich aggressiv" wahrgenommenen Auseinandersetzungen beider Gruppierungen zu richten, die dann nach einigen Minuten mit "Einsatzmehrzweckstock und Pfefferspray" beendet waren.

Dabei lässt die Schilderung des Einsatzleiters auf dem Friedensplatz erkennen, dass aus seiner Sicht die Kommunikation mit den Rechten und ihrem künftigen Ratsvertreter, dem "Herrn Borchardt", erst nach der Separierung der Gruppen mit ausreichenden Verstärkungskräften möglich wurde, als es der Gruppe des linken/bürgerlichen Lagers nicht mehr möglich war, "Lücken in der Polizeikette auszunutzen, um Angehörige der rechten Gruppierung mit Schlägen und Tritten zu attackieren, was die Emotionen unter den Rechten immer wieder anheizte. Dieses Verhalten trug in erheblichem Maße dazu bei, dass eine völlige Befriedung der Situation nur durch den Einsatz weiterer Kräfte zur Trennung der Parteien sichergestellt werden konnte." Anders die Angreifer: "Die Maßnahmen der Polizei ließen die Angehörigen der rechten Gruppierung ohne größeren Widerstand über sich ergehen. Den nach Abschluss der Maßnahmen erteilten Platzverweisen kamen sie ebenfalls umgehend nach." Das klingt wie ein Fleißkärtchen.

In gestelztem Amtsdeutsch berichteten die Einsatzkräfte dem Innenminister auch "von deutlich alkoholisierten Politikern, die aus dem Rathaus heraus auf den Friedensplatz getreten waren. Diese störten die Amtshandlungen erheblich, indem sie untereinander stritten und nicht bereit waren, polizeilichen Ansprachen Folge zu leisten. Vereinzelt wurde nach dem Bericht sogar verbal Druck auf die Beamten ausgeübt, sobald die Maßnahmen nicht den Vorstellungen der Anwesenden entsprachen." In den Medien war lapidar nachzulesen, das der frühere SPD-Fraktionschef Franz-Josef Drabig, trotz des Wahlsieg-Umtrunks nach eigenen Angaben ganz nüchtern, eine Prüfung des Einsatzes durch den Innenminister dringend empfohlen hatte.

Utz Kowalewski, Ratsmitglied der Linken, beließ es im Juni 2014 im Wege einer im Internet-Blog "ruhrbarone.de" veröffentlichten Fachaufsichtsbeschwerde bei Polizeipräsident Lange zunächst dabei nachzufragen, ob an diesem Abend das Gefahrenpotential eines Überfalls der Rechtsextremisten vom Staatsschutz nicht völlig unterschätzt wurde.

Angehörige der Zivilgesellschaft, die an diesem Abend das Rathaus vor einem Mob von Rechtsextremisten zu schützen glaubten und sich wütenden Angriffen ausgesetzt sahen, verzichteten zum Teil darauf, wie sie später berichten, Anzeige wegen Landfriedensbruch gegen die Rathaus-Stürmer zu erstatten. Sie waren überzeugt, dass diese Straftaten vor dem Rathaus von der Polizei wahrgenommen wurden. Die allerdings notierte unterdessen vor allem die Anzeigen der rechtsextremen Angreifer, die sich durch die Schützer des Rathauses genötigt sahen, bei der Wahlparty draußen zu bleiben.

Klaus Commer

Bilder sagen mehr…

Eine Bildstrecke von Alexander Völkel

WEG MIT DEM
WWW.GRU

AFAR
112

POLIZEI

Zivilcourage ist strafbar?

Die juristische Verfolgung der Rathaus-Beschützer
Ergebnisse nach einem Jahr Rechtshilfekomitee

Der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus gründete im Juli 2014 das “Rechtshilfekomitee Wahlnacht“. Nach dem Vorfall am Wahlabend des 25. Mai 2014 und dem Bericht des Innenministers, der die Wogen in Dortmund noch einmal hoch schlagen ließ, war es dringend erforderlich, einen gemeinsamen Umgang der Betroffenen mit dem Thema zu ermöglichen. Es zeigte sich, dass tatsächlich gegen eine Vielzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Wahlabends ermittelt wurde. Auch wer sich freiwillig als Zeuge gemeldet hatte, war plötzlich verdächtig. Aus freiwilligen Zeugen wurden Täter/Innen.

Mehr als 50 Personen nahmen an der ersten Sitzung des Rechtshilfekomitees teil, um sich gegenseitig über das angemessene rechtliche Vorgehen auszutauschen. Mit Beratung von Rechtsanwälten wurde verabredet, zunächst keine Aussage bei der Polizei zu machen. Erstaunlicherweise wurden umgekehrt manche Zeugen des Wahlabends gar nicht als Zeugen vernommen, obwohl sie sich angeboten hatten und sachdienliche Hinweise hätten geben können.

Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft auf einer Pressekonferenz am 25. März 2015 kam es bei den Neonazis zu 23 Ermittlungsverfahren, von denen 16 eingestellt wurden; ein Strafbefehl erging wegen versuchter Köperverletzung, einer wegen gefährlicher Köperverletzung und fünf wegen Köperverletzung. Es kam zu insgesamt 65 Ermittlungsverfahren gegen die Rathaus-Beschützer/Innen. Eingestellt wurden 48 Verfahren. Beantragt wurden 13 Strafbefehle wegen Nötigung, zwei wegen versuchter Köperverletzung und einer wegen Beleidigung. Bei einigen Verfahren ist der Stand für die Betroffenen derzeit nicht ganz klar, weil über Einstellungen nicht informiert werden muss.

Gegen die Mehrheit wurde das Verfahren eingestellt, aber die Daten dieser Personen bleiben natürlich im Polizeicomputer registriert. Tatsächlich erhielten bisher einige uns bekannte Personen einen Strafbefehl auf Bewährung; d.h. sie dürfen sich innerhalb eines Jahres nichts zu Schulden kommen lassen, um den Geldbetrag nicht tatsächlich bezahlen zu müssen. Ein oder zwei Teilnehmer/Innen nahmen den Strafbefehl an, weil er keine unmittelbaren Folgen für sie hat und weil sie sich die Öffentlichkeit eines Prozesses nicht antun wollen.

Andere wiederum wollen oder haben bereits Widerspruch eingelegt. Nach ersten Eindrücken löst dieses auf Seiten des Gerichts eine gewisse Nervosität aus; Strafbefehle werden nach Aktenlage beschlossen. Jetzt "droht" wirklich ein Prozess, der dann von einem Amtsgericht geführt werden müsste mit wahrscheinlich Dutzenden von Zeugen. Und das aufgrund eines Vorwurfes, den vermutlich nur Juristen verstehen können. Denn die Zivilcourage der Rathaus-Beschützer in strafbares Verhalten umzudeuten, die vielfältigen Bedrohungen durch die Nazis, gerade auch in den letzten Monaten, aber für strafrechtlich irrelevant zu erklären, bleibt eine Sichtweise der Justiz, die in der Bürgerschaft noch weiter Unverständnis auslöst.

Das Rechtshilfekomitee wird die in Aussicht stehenden Prozesse begleiten. Zur Unterstützung von Betroffenen wird auch ein Rechtshilfefonds gebildet.

Berichtet, aufgezeichnet, protokolliert

Ein Anhang mit Beispielen

1 Verlautbarungen der Polizei, des Innenministers und des Landtags

1.1 Polizeipräsidium Dortmund - 26.05.2014, 14:04h:

Auseinandersetzungen am Dortmunder Rathaus am 25.05.2014

---

https://docs.google.com/document/d/1TvKtg5iyVfkRE747YmoR0Z4epFDHelcUZ9CM795SE6w/edit#heading=h.iw4cpzp51cf2

1.2 Polizeipräsidium Dortmund - 27.05.2014, 17:56:

POL-DO: Auseinandersetzungen am Dortmunder Rathaus am 25.05.2014

---

https://docs.google.com/document/d/1sIGBY7yxjxvWn3JMWT69mAJQMnk4-l3MoaWYsfhHOn0/edit

1.3 Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales (Vorlage 16/2014) - Datum? :

“Überfall auf das Rathaus in Dortmund am 25. Mai 2014 durch Rechtsextreme”

https://docs.google.com/document/d/1g2z7qi6XEqNMqHFlRBQDnf40vXiZWXb_t9eyUvVvAAQ/edit#heading=h.iw4cpzp51cf2

5.1.4 Protokollauszug der Diskussion zum Bericht der Landesregierung Vorlage 16/2014 im Innenausschussdes Landtags - 26.06.2014:

Überfall auf das Rathaus in Dortmund am 25. Mai 2014 durch Rechtsextreme

---

https://docs.google.com/document/d/1SDjt2n6aKjHq3jXHDJq9JjyUiygRtZQI2QbOSxzWcCw/edit#heading=h.iw4cpzp51cf2

2 Stimmen der JournalistInnen in Presse und Internet

2.1 Ruhr Nachrichten Dortmund (online) - 26.05.2014, 19:22 h:

SPD gewinnt Kommunalwahl - Neonazi-Angriff aufs Rathaus

https://docs.google.com/document/d/1OFwxy3RJfg72H7ZuqD6U5kDrQ61uRSmDWqYbJ_84q1Q/edit#heading=h.q18r1utzbt5k

---

2.2 Die Zeit (online) - 26.05.2014:

Neonazis überfallen Wahlparty im Dortmunder Rathaus

---

https://docs.google.com/document/d/15pRc2b0Me5EqaeuR9riPxONX-xjV77YR9GPxvOSqu2M/edit#heading=h.d02cjsfzda4j

2.3 Spiegel-Online - 27.05.2014:

Zwischenfall im Rathaus - Neonazis stürmen Wahlparty in Dortmund

---

https://docs.google.com/document/d/1tjdhF0IPSHboWOdL9Y5RLs8WPwDzQCqNqGCjk6QPyJY/edit#heading=h.wh8vr31856j0

2.4 Westfalenblatt Bielefeld - 27.05.2014:

Angriff auf Wahlparty

https://drive.google.com/file/d/0B8qas1EaAWQxX1c1MGg2bGlERF9yY25fV2JUMjhqN3dfTTE0/view?usp=sharing

---

2.5 tageszeitung - 25.06.2014:

Rechter Überfall in Dortmund - Polizei nimmt Nazis in Schutz

---

https://docs.google.com/document/d/1b15Ol4AFqQsMCCIFXS2NhmSTwWA9kjGxWqFJ7i6bw1A/edit#heading=h.d915cc8xz7vs

2.6 Neues Deutschland - 25.06.2014:

Wie man Opfer zu Tätern macht - Nach Nazi-Attacke auf Dortmunds Rathaus versucht die Polizei, ihr Versagen zu vertuschen

---

https://docs.google.com/document/d/1zKbC204YcfQMgW-LzsKTAECTBnbFp1Kcos75IlLue3o/edit#heading=h.vm25yxyqelwn

2.7 Süddeutsche Zeitung - 25.06.2014:

Bericht über Polizeieinsatz in Dortmund

https://docs.google.com/document/d/1iNj9C4rqK2-lt52iJqdU7sqn7knlTe7_6vki5eZyS3o/edit#

Böse Demokraten, liebe Neonazis

Als Rechtsextreme das Rathaus in Dortmund stürmen wollen, stellen sich ihnen engagierte Politiker in den Weg. Sie bekommen Schläge und werden mit Flaschen beworfen - jetzt macht das Innenministerium aus ihnen das eigentliche Problem.

Von Antonie Rietzschel

Der Gedanke lässt Stefan Neuhaus nicht los: Was wäre passiert, wenn die Rechtsextremen es in das Gebäude geschafft hätten? "Ich mag mir das gar nicht ausmalen", sagt der Geschäftsführer der Grünen-Stadtratsfraktion inDortmund. Es ist der 25. Mai, Tag der Kommunal- und Europawahlen. Gemeinsam mit Politikern anderer Fraktionen stellt sich Neuhaus schützend vor das Rathaus. Vor ihnen etwa 30 Anhänger der rechtsextremen Partei "Die Rechte", die versuchten in das Gebäude einzudringen. Ein Video zeigt, wie einige von ihnen auf Personen in der Menschenkette einschlagen. Auch Flaschen fliegen. Am Ende gibt es zehn Verletzte - doch die Rechtsextremen bleiben draußen.

Noch heute betont Stefan Neuhaus den Mut aller, die sich an diesem Abend den Rechtsextremen entgegen stellten. Auch der Ältestenrat der Stadt ist voll des Lobes über das gewaltfreie Engagement. Doch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat eine ganz andere Sicht der Dinge, die nicht nur die Mitglieder des Stadtrates fassungslos macht.

Vor Wut gegen den Schreibtisch treten

Mehr als 100 Polizisten sind am Abend vor dem Rathaus im Einsatz. Auf deren Einschätzungen beruht ein Bericht, der nun vom Innenministerium veröffentlicht wurde und die Vorgänge am Abend des 25. Mai zusammenfasst (PDF). So hätten Anhänger der "bürgerlich/linken Gruppierung" Lücken in der Polizeikette ausgenutzt, um Angehörige der rechten Gruppierung mit Schlägen und Tritten zu attackieren, wodurch die Emotionen unter den Rechten immer wieder angeheizt worden seien. Und weiter:

"Dieses Verhalten trug im erheblichem Maße dazu bei, dass eine völlige Befriedung der Situation nur durch den Einsatz weiterer Kräfte zur Trennung der Parteien sichergestellt werden konnte. Die Maßnahmen der Polizei ließen die Angehörigen der rechten Gruppierung ohne größeren Widerstand über sich ergehen."

Er habe angesichts dieser Vorwürfe erst mal vor Wut gegen den Schreibtisch treten müssen, sagt Stefan Neuhaus. Eine völlige Verdrehung der Tatsachen sei das. "Da werden Opfer zu Tätern und Täter zu Opfern gemacht." Besonders bestürzt ist er über die Passage, in der davon die Rede ist, dass "deutlich alkoholisierte Politiker" die Amtshandlungen erheblich gestört haben sollen. "Das klingt, als ob da eine völlig sturzbetrunkene Truppe von Politikern gestanden hätte", sagt Neuhaus.

Widerspenstige Anti-Rechts-Kämpfer auf der einen, kooperationsbereite Rechtsextreme auf der anderen Seite - diese Beschreibung des Berichts nutzt die Partei "Die Rechte" für sich. Auf ihrer Internetseite begrüßt sie die "klare Positionierung der Dortmunder Polizei, die deutlich aufzeigt, von welcher Seite vor dem Rathaus am Kommunalwahlabend die Gewalt ausging."

Die Polizei vertraut einem Rechtsextremen

Die Rolle der Polizei bewertet der Bericht als "professionell in der Durchführung". Nach dem Angriff auf das Rathaus hatte es viel Kritik an den Beamten gegeben - sie sei viel zu spät gekommen, lautete ein Vorwurf der Demokraten, die vor Ort waren. Minutiös wird nun in dem Papier aufgelistet, wer wann wo gewesen sein soll:

Um 22:10 Uhr erhält die Leitstelle des Polizeipräsidiums Dortmund den Hinweis, dass es zu einer möglichen Auseinandersetzung zwischen Personen des "rechten und linken Spektrums" kommen könne - bereits vier Minuten später trifft der erste Streifenwagen ein. Kurz darauf kommt der zuständige Dienstgruppenleiter dazu. Im Bericht ist von einer "überdurchschnittlich kurzen Einsatzreaktionszeit" die Rede. Auch Neuhaus lenkt ein: "Wenn man da vor Ort in so einer bedrohlichen Situation ist, kommt einen das unendlich lang vor", sagt er. Auf die Uhr habe er nicht geschaut.

Neonazi im Dortmunder Stadtrat - SS-Siggi sucht seine Linie

Siegfried Borchardt von der Partei "Die Rechte" zieht in den in den Dortmunder Stadtrat ein - der Protest ficht ihn nicht an. Der Neonazi sitzt im Rat, wirkt überfordert, ein NPD-Mann umgarnt ihn. Und dann sagt "SS-Siggi", dass er lieber einen anderen Spitznamen tragen würde.

Keine Hinweise, nirgendwo

Die Frage ist, warum war die Polizei nicht schon den ganzen Abend vor Ort und verhinderte die Situation? Allen Beteiligten war klar, dass "Die Rechte" bei einem Wahlsieg womöglich im Rathaus feiern wolle, so steht es auch in dem Bericht des Innenministeriums. Um 21:16 Uhr finden die Beamten auf Twitter ein Bild von "Die Rechte"-Spitzenkandidat und mittlerweile Stadtrat Siegfried Borchardt, auch "SS-Siggi" genannt. Darauf ist er mit gereckter Faust zu sehen. Darunter steht: "Mit einem Schlag ins Rathaus!" Der Post sei von der Polizei nicht als Ankündigung verstanden worden, das Rathaus aufzusuchen, heißt es dazu in dem Bericht. Auch darüber hinaus habe es keine Hinweise gegeben.

Ihre Informationen bezog die Polizei direkt von der Quelle: Der stellvertretende Landesvorsitzende "Die Rechte", Michael Brück, versicherte, dass man der Auszählung der Stimmen in einem Wahllokal beiwohnen wolle. Für den Fall, dass es was zu feiern gäbe, würde man dieses in kleinem Kreis in Dortmund-Dorstfeld tun, wo viele Parteiangehörige wohnen. Die Polizei vertraute offenbar den Aussagen Brücks.

Kritik am Innenminister

Am Wahlabend fährt sie um 21 Uhr kurz zur Kontrolle nach Dortmund-Dorstfeld und stellt fest, dass in einem Wohnhaus gefeiert wird. Gleichzeitig trifft sie auf einen bekannten Rechtsextremen - für die Beamten offensichtlich ein Indiz, dass keine Gefahr im Verzug ist. Sie fahren wieder. "Unglaublich", findet Christian Gebel diesen Vorgang. "Da werden Rechtsextreme zu Kronzeugen gemacht", sagt er. Gebel sitzt für die Fraktion Linke und Piraten im Dortmunder Rathaus. Seiner Meinung nach hätten die Beamten vor Ort bleiben müssen, um zu beobachten was passiert, wenn die Rechtsextremen erfahren, dass sie ein Mandat gewonnen haben.

Gebel hat an dem besagten Abend eine Bierflasche an den Kopf bekommen und musste im Krankenhaus behandelt werden. Strafanzeige hat er bisher nicht gestellt - denn er will sehen, ob die Polizei selbst beginnt zu ermitteln. Das öffentliche Interesse sei eigentlich groß genug, sagt er. Noch sei nichts passiert. Dem Bericht des Innenministeriums zufolge beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft derzeit mit Landfriedensbruch, Volksverhetzung und Nötigung.

Am Donnerstag wird sich der Innenausschuss des Landtages von Nordrhein-Westfalen mit der Einschätzung des Abends beschäftigen. Unter den Parlamentsmitgliedern hat sich breiter Widerstand gegen die Sichtweise des Innenministeriums formiert. Fraktionsübergreifend haben einzelne

Abgeordnete eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, in der das Engagement am Wahlabend ausdrücklich unterstützt und Kritik am Vorgehen des Staatsschutzes geübt wird. Auch SPD-Leute sind unter den Unterzeichnern. Aus deren Mitte stammt Innenminister Ralf Jäger.

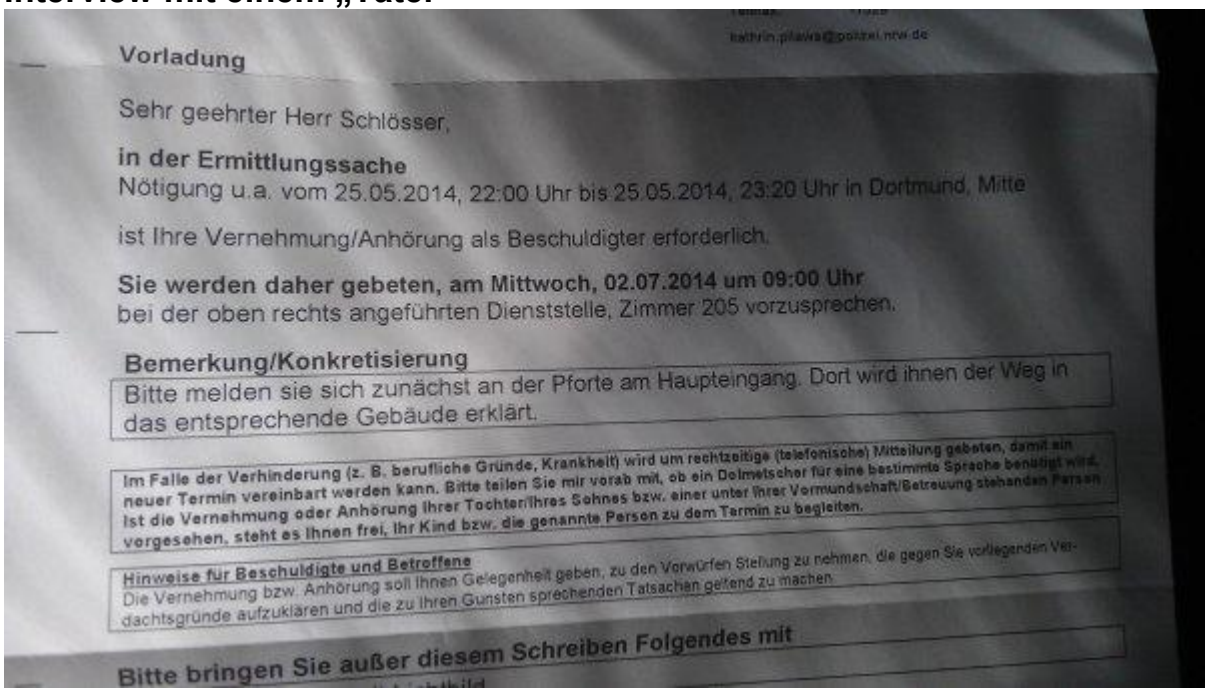
2.8 Bodo - 26.06.2014:

Bei Anruf Nötigung

https://docs.google.com/document/d/1z5zw_aDDuO5NNDK9YBLAAZnRKc5-tpoC2Zr1ZVLHfc4/edit#

Bei Anruf Nötigung

Interview mit einem „Täter“


Vorladung

Sehr geehrter Herr Schlösser,

in der Ermittlungssache
Nötigung u.a. vom 25.05.2014, 22:00 Uhr bis 25.05.2014, 23:20 Uhr in Dortmund, Mitte

ist Ihre Vernehmung/Anhörung als Beschuldigter erforderlich.

Sie werden daher gebeten, am Mittwoch, 02.07.2014 um 09:00 Uhr
bei der oben rechts angeführten Dienststelle, Zimmer 205 vorzusprechen.

Bemerkung/Konkretisierung
Bitte melden sie sich zunächst an der Pforte am Haupteingang. Dort wird ihnen der Weg in das entsprechende Gebäude erklärt.

Im Falle der Verhinderung (z. B. berufliche Gründe, Krankheit) wird um rechtzeitige (telefonische) Mitteilung gebeten, damit ein neuer Termin vereinbart werden kann. Bitte teilen Sie mir vorab mit, ob ein Dolmetscher für eine bestimmte Sprache benötigt wird. Ist die Vernehmung oder Anhörung Ihrer Tochter/Ihres Sohnes bzw. einer unter Ihrer Vormundschaft/Betreuung stehenden Person vorgesehen, steht es Ihnen frei, Ihr Kind bzw. die genannte Person zu dem Termin zu begleiten.

Hinweise für Beschuldigte und Betroffene
Die Vernehmung bzw. Anhörung soll Ihnen Gelegenheit geben, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, die gegen Sie vorliegenden Verdachtsgründe aufzuklären und die zu Ihren Gunsten sprechenden Tatsachen geltend zu machen.

Bitte bringen Sie außer diesem Schreiben Folgendes mit

25. Mai, Wahlabend am Dortmunder Rathaus. Lokalpolitiker Olaf Schlösser sieht 30 Mitglieder der Partei „Die Rechte“ um Siegfried Borchardt auf das Rathaus zulaufen und wählt den Notruf. Volksverhetzende Parolen skandierend laufen sie an ihm vorbei und attackieren Rats- und Landtagsmitglieder auf der Rathaustreppe. Schlösser berichtet der Leitstelle live, bis die Polizei am Tatort eintrifft. Am Mittwoch erhält er eine Vorladung – Tatvorwurf: Nötigung.

Olaf Schlösser ist Pädagoge und war im Dortmunder Kommunalwahlkampf Oberbürgermeisterkandidat der von Redakteuren des Satiremagazins Titanic gegründeten „PARTEI“ um Martin Sonneborn. Nach Lachen ist ihm angesichts der Vorfälle am Wahlabend, allerdings nicht zumute. Als rund 30 Neonazis der Partei „Die Rechte“, einheitlich gekleidet mit T-Shirts der verbotenen Kameradschaft Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO) zum Dortmunder Rathaus marschieren, wählt er die 110. Während die Nazis gezielt auf rund 100, den Eingang des Rathauses versperrenden Gegendemonstranten zulaufen und mit Schlägen, Pfefferspray und Flaschen Lokal- und Landespolitiker verletzen, berichtet er der Leitstelle live von den Vorgängen vor Ort. Als die Polizei die Lage unter Kontrolle hat – mit Pfefferspray- und Schlagstockeinsatz gegen die Nazis, legt er nach Absprache mit dem Beamten in der Leitstelle auf.

Am Mittwoch erhält Schlösser eine Vorladung wegen des Tatvorwurfs der Nötigung. Er ist einer von 40 Gegendemonstranten, die die Polizei beschuldigt, Straftaten begangen zu haben, während sie gegen fünf der Neonazis wegen Beleidigung und Körperverletzung ermittelt. Ein Interview.

bodo: Herr Schlösser, was machten Sie am Wahlabend am Rathaus?

OS: PARTEI-Kollegen, Freunde und ich besuchten traditionell die Wahlparty im Rathaus, wir waren ja selbst angetreten und waren gespannt auf die Auszählung. Ab ca. 18.30 Uhr war ich da. Wir sprachen mit FDP-Mitgliedern, aßen bei der CDU Brezeln und trafen uns mit anderen Rauchern auf der Rathaustreppe.

bodo: Auf dieser Treppe kam es später zur Konfrontation. Wie war die Stimmung am früheren Abend?

OS: Es waren nicht wenige Raucher da, auch Jugendliche, die auf den Stufen saßen. Die Stimmung war entspannt, relaxt. Im Rathaus selbst hing ein Antifa-Transparent, ich selber habe mir um den Einzug der Rechten nicht groß Gedanken gemacht. Bei den Gesprächen, die ich geführt habe, war das kein Thema.

bodo: Wann änderte sich die Situation?

OS: Es war kurz vor 22 Uhr, als zwei, möglicherweise drei junge Männer auf dem Friedensplatz auftauchten, die von auf der Rathaustreppe Anwesenden als Dortmunder Nazis erkannt wurden. Es gab „Nazis raus“-Rufe und einige Leute liefen ihnen entgegen, um sie zu vertreiben. Später war klar, dass es eine Art „Vorhut“ war, ich hätte sie nicht erkannt. Diese Leute sind mit dem Auto gekommen, das im hinteren Teil des Friedensplatzes geparkt hatte.

bodo: Wo waren Sie zu der Zeit?

OS: Ich stand mit einem Parteikollegen und auch einem Mitglied der Grünen die ganze Zeit, also zwischen 22h und 22.30h an der südlichen Ecke der Rathaustreppe. Da ist ein Blumenkübel, der Rathauseingang ist vielleicht 20 Meter entfernt.

bodo: Was geschah dann?

OS: Von unserem Standpunkt aus blickt man direkt in die Balkenstraße. Um 22.10 Uhr sah ich da eine größere Gruppe von Männern, die sich in einheitlichen T-Shirts auf das Rathaus zubewegten. Ich sagte zu meinen Begleitern so etwas wie: „Das könnte gefährlich werden“ und wählte den Notruf. Mein Handy zeigt 22.11h für diesen Anruf an.

bodo: Was erzählten Sie der Polizei?

OS: Ich sagte so etwas wie: „Da kommt eine Gruppe Rechtsradikaler auf das Rathaus zu.“ Der Beamte schien überrascht. Dann sagte er, er werde einen Streifenwagen schicken. Da waren die Gruppe schon fast auf unserer Höhe und skandierte „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“. Ich musste sehr laut sprechen und habe den Polizisten am Telefon kaum verstanden. Er bat mich dann, dranzubleiben und zu berichten, was passiert. Es gibt Videos von dem Abend, die mich zeigen, wie ich auf dieser Ecke stehe, während die Nazis an uns vorbeilaufen.

bodo: Die Gruppe zog also skandierend an Ihnen vorbei Richtung Rathauseingang, während Sie mit der Polizei telefonierten?

OS: Ja, wir sind etwas zurückgewichen und ich habe dann so etwas wie eine Live-Berichterstattung der Vorgänge geliefert.

bodo: Wie sah die aus?

OS: Als die Nazis, ca. 30, an uns vorbei waren, liefen sie zielstrebig auf den Rathauseingang zu. Da stand eine große Gruppe Leute, die sich untergehakt hatte. Die Nazis gingen direkt auf sie zu und begannen dann auf sie einzuschlagen. Es ist dann wirklich ziemlich eskaliert. Diese Menschenkette wurde gezielt angegriffen.

Von der Seite kam nach einiger Zeit Polizei, die ich erst für Verstärkung der Nazis gehalten habe, es war ja schon ziemlich dunkel. Dem Beamten am Telefon habe ich auch das berichtet, dass Kollegen eingetroffen sind. Er hat dann gesagt: „Dann können wir jetzt auflegen." Laut meinem Telefon hat das Gespräch 5:28 Minuten gedauert.

bodo: Und Sie standen zu diesem Zeitpunkt immer noch an der Ecke der Rathaustreppe, 20 Meter entfernt von der Rathaustür?

OS: Ja, da waren wir nicht in Gefahr und konnten sehen, wie sich die Polizisten zwischen die Angreifer und die Demonstration am Rathaus drängten.

bodo: Haben Sie gesehen, dass Gewalt von der Gegendemonstration ausging?

OS: Nein, wie gesagt: Die Nazis sind zielstrebig auf die Gruppe zugelaufen und haben zugeschlagen. Den Einsatz von Pfefferspray, der auf Fotos zu sehen ist, habe ich nicht beobachtet, aber einen der Nazis mit einer am Hals gegriffenen Sektflasche, der auf die Demonstration zulief.

bodo: Von wie vielen Rechten ging Ihrer Beobachtung nach Gewalt aus?

OS: Naja, wenn es insgesamt 30 waren, dann von 25 bis 27. Die sind als Gruppe aufgetreten. Siegfried Borchardt, den man ja erkennt, auch weil er doppelt so alt wie die anderen ist und eine Weste und kein T-Shirt trug, hat sich zurückgehalten und eher dirigiert.

bodo: Was passierte, als sich die Polizei zwischen die Rechten und die Demonstration drängte?

OS: Ich hatte den Eindruck, dass alle am Rathaus froh waren, dass die Polizei da war. Das war eine Art Schulterschluss. Die Polizei stand mit dem Rücken zum Rathaus und hat die Nazis in Schach gehalten.

bodo: Haben Gegendemonstranten versucht, Rechte an der Polizei vorbei anzugreifen?

OS: Nein. Gar nicht.

bodo: Was passierte, als die Polizei die Lage unter Kontrolle hatte?

OS: Ich bin mit meinem Parteikollegen losgegangen, um Anzeige zu erstatten. Ich wollte die Volksverhetzungen – die fanden ja direkt vor mir statt – und die Körperverletzungen anzeigen. Ich wusste vom Vorabend des 1. Mai, dass das „Ausländer raus!" zum Abbruch der Kundgebung geführt hatte. Für mich war das gemeinsame Losschlagen eine schwere Straftat. Ich wollte, dass es eine Handhabe gibt gegen diese Leute.

bodo: Wer hat die Anzeige aufgenommen?

OS: Niemand. Die Beamten die dann den Kessel um die Nazis bildeten, waren zu gestresst. Ich habe dann die eingetroffenen Bereitschaftspolizisten auf der Rathaustreppe angesprochen. Die haben mir gesagt: „Da müssen Sie eine Wache aufsuchen." Wir sind dann zum Stadtgarten, wo die Bullis der Polizei standen – erfolglos. Dann sind wir zurück zum Friedensplatz. Da sagte uns die Polizei, dass der Einsatzleiter zuständig sei, aber beschäftigt.

Später, und das war eher Richtung 23 Uhr, ging an der Rathaustreppe eine Beamtin herum und fragte nach Zeugen. Ich sagte: „Ich will immer noch Anzeige erstatten." Sie sagte, es werde wohl eher eine Zeugenbefragung werden. Ich gab ihr meine Personalien. Auch dem Beamten in der Leitstelle hatte ich schon meinen Namen genannt.

bodo: Statt einer Befragung gibt es nun eine Vorladung wegen des Tatvorwurfs der Nötigung. Wen haben Sie genötigt?

OS: Ich weiß es nicht. Ich war schon schockiert, als die Polizei am Tag nach dem Angriff eine völlig andere Beschreibung lieferte, vom Bericht des Innenministeriums ganz zu schweigen. Allen am Rathaus

– auch den zuerst eintreffenden Polizisten – war klar, wer Angreifer und wer Angegriffener war. Nun sollen ja 40 „Blockierer“ der Nötigung verdächtig sein. Das betrifft dann auch Landtagsabgeordnete. Nur ich war gar nicht in der Nähe der Rathaustür. Ich habe stattdessen versucht, Straftaten anzuzeigen.

bodo: Wie haben Sie auf die Vorladung reagiert.

OS: Ich war zuerst maßlos wütend. In meiner Wahrnehmung war ich der erste, der versucht hat, Hilfe zu holen – und ich bin auf eine überraschte und unvorbereitete Polizei getroffen. Dass die jetzt mit pauschalen Anzeigen um sich schlägt, beschädigt das Vertrauen in die Polizei massiv. Das glaubt keiner mehr. Eins ist ja klar: Alle Adressen landen durch Akteneinsicht bei den Nazis, und dass es nicht fünf mutmaßliche Täter bei denen gab, sondern viel mehr, hat auch jeder noch so voreingenommene Beobachter gesehen. Das ist ein Rückfall in die alten Muster. Unter dem vorletzten Polizeipräsidenten wurden ganz rituell Opfer zu Tätern und rechte Gewalt wurde heruntergespielt. Da sind wir wieder.

(bp)

2.9 Westdeutscher Rundfunk - 26.06.2014:

Debatte über Dortmunder Wahlnacht: Politiker verärgert über Ministeriumsbericht

---

https://docs.google.com/document/d/1LvwgPlGL9_0TQg9pbyX1oGY4GPq5HxzgxsDD8n3Dh0s/edit#

2.10 Der Westen - 27.06.2014:

Der Innenminister stellt sich vor die Polizei - Details zum Datenschutz

---

https://docs.google.com/document/d/1QSslxVQUoHe96CtgOLykIXNthKJAd3-eXKd1herH-l4/edit#heading=h.iw4cpzp51cf2

3 Politische Erklärungen

3.1 Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus - 26.ß5.2014

Stellungnahme von Friedrich Stiller, Arbeitskreis Co-Sprecher, zu den Wahlergebnissen der Rechtsextremisten und dem Überfall am Wahlabend im Rathaus. ARBEITSKREIS DORTMUND GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Verbot der „Partei“ DIE RECHTE jetzt

Gewalttätige Neonazis stellen sich erneut in unmittelbare Tradition zum NS- Staat

1. Zuerst ist zu festhalten, dass die Zahl der absoluten Stimmen in Dortmund für rechtsextremistische Parteien nicht gestiegen ist. Sie liegen bei rund 3800 (NPD + DR), das sind 900 Stimmen weniger als 2009 (NPD + DVU). Es gibt aber eine Wanderung zu den besonders Radikalen von der Partei Die Rechte.

Während die NPD bei rund 1800 Stimmen stagniert, konnte Die Rechte aus dem Stand fast 2100 Stimmen (1%) gewinnen. Neben 1 Ratsmandat haben sie auch in 4 BVs einen Sitz (Innen- Nord, Huckarde, Mengede, Scharnhorst. Prozentual schnitten sie am besten ab in Innen- Nord mit 3,5 %,

absolut am besten in Lütgendortmund mit 409 Stimmen. Offensichtlich ist es Ihnen gelungen, verloren gegangene Stimmen der ehemaligen DVU zu mobilisieren. Dafür spricht ihre umfangreiche Plakataktion an vielen Stellen in der Stadt in den letzten 3 Wochen mit eher rechtspopulistischen Parolen. In einigen Wahllokalen haben Sie bis zu 3,7 % (Nordstadt) gewonnen.

2. Eine Gruppe der Partei Die Rechte führte am Wahlabend unter Beteiligung des mehrfach vorbestraften Siegfried Borchardt kurz nach 22:00 Uhr einen Überfall auf die vor dem Rathaus versammelten Bürger und Nazi -Gegner durch. Mit hoher Aggression schlugen sie sofort auf die dort stehenden Demonstranten ein, rissen ein Banner an sich, sprühten Reizgas und machten dadurch ihre enorme Gewaltbereitschaft deutlich. Ihre rechtsextremistische Gesinnung zeigten sie durch Brüllen ausländerfeindlicher Parolen. Am Ende ihres Auftritts stellten sie sich einmal mehr unmittelbar in die Tradition des NS- Staates, indem sie die 1. Strophe des Deutschlandliedes sangen.

Wir fordern auch aufgrund dieser Vorkommnisse zum wiederholten Male das Verbot dieser sogenannten Partei. Die Demokratie und die staatlichen Organe machen sich lächerlich, wenn sie nicht Konsequenzen ziehen aus dem, was alle Kundigen sehen: Die Partei Die Rechte ist die unmittelbare Nachfolgeorganisation des verbotenen NWDO ("Nationaler Widerstand Dortmund). Ihre Gewaltbereitschaft gegenüber Andersdenkenden stellt eine ständige Bedrohung der öffentlichen Ordnung dar.

3. Wir sind verwundert, wie wenig Rathausverantwortliche und Polizei auf diesen Auftritt vorbereitet waren. Der Arbeitskreis Rechtsextremismus hat bereits 10 Tage vor dem Wahlabend Vertreter im Rathaus darauf hingewiesen, dass dieses Szenario möglich ist. Daraufhin wurde uns mitgeteilt, man sei vorbereitet. Diesen Eindruck konnten wir am Wahlabend aber nicht gewinnen. Obwohl es bereits gegen 20:30 Uhr rechnerisch wahrscheinlich erschien, dass die Neonazis einen Sitz erobern, gab es auch später keinerlei sichtbare Polizeipräsenz.

Sollte sich bewahrheiten, dass der Staatsschutz etwa 21:15 Uhr das Gelände verlassen hat mit dem Hinweis, es gebe keine Erkenntnisse, wäre dies eine krasse Fehleinschätzung.

Der Sprecher des Arbeitskreises hat aufgrund der sich bedrohlich zuspitzenden Lage um 22. 13 einen hohen Polizeiführer informiert und dringend um uniformierte Kräfte gebeten. Wie heute bekannt wurde, gab es bereits um 22.08 einen Notruf unter 110. Etwa 22:15 Uhr erschienen etwa 5-6 Beamte. Ihnen ist zu danken, dass sie sich beherzt vor die Demonstranten zum Schutz vor den Nazis stellten.

Weitere Polizeibeamte erschienen allerdings nur nach und nach. Den anwesenden Arbeitskreisvertretern blieb unverständlich, warum die Neonazis dann etwa 1 Stunde lang unmittelbar vor den Stufen des Rathauses festgehalten wurden, statt sie vom Rathauseingang wegzuführen.

3.2 Gemeinsame Erklärung
https://docs.google.com/document/d/1Iv47i0iZmHXBmBAGs4AaFba8id0EEQUaBMISMtIAXcg/edit

Gemeinsame Erklärung zur Stellungnahme des Innenministers zum Angriff von Neonazis am 25.05.14 auf das Rathaus

„Die Darstellungen des Staatsschutzes zu Ausschreitungen stadtbekannter Neonazis am Wahlabend des 25. Mai vor dem Rathaus in Dortmund befremden in mehrfacher Hinsicht. Zum einen enthalten sie ehrenrührige Aussagen über „alkoholisierte Dortmunder Politiker“, die den Eindruck erwecken, demokratische PolitikerInnen hätten die Eskalation der Gewalt von Rechts provoziert. Wir weisen diese Behauptungen zurück.

Zum anderen mutet es hoch befremdlich an, wenn der Staatsschutz sich in seiner Einschätzung des Gefahrenpotentials am Wahlabend für Gäste der Wahlparty im Rathaus auf Aussagen eines führenden

Kaders des verbotenen „Nationalen Widerstands Dortmund“ beruft und aus diesen ableitet, dass ein besonderer Schutz der Wahlparty nicht notwendig gewesen sei. Die Zuverlässigkeit dieser Quelle ist spätestens mit Erscheinen der Neonazi-Gruppierung im Rathaus entgegen der vorherigen Behauptung des Nazi-Kaders widerlegt. Wir erwarten hier eine Aufarbeitung des Wahlabends auf Seiten des Dortmunder Staatsschutzes, die gewährleistet, dass solche Fehleinschätzungen in Zukunft nicht mehr die Lageeinschätzung und das Verhalten der Polizei dominieren. Und schließlich weisen wir die verharmlosende Grundhaltung des Berichtes an den Innenausschuss des Landtages NRW zurück, wonach sich „Streitparteien“ vor dem Rathaus gegenüber gestanden hätten, die die Polizei habe trennen müssen. Tatsächlich handelte es sich um Ausschreitungen militanter Neonazis, denen DemokratInnen entgegentraten.

Wir sind gemeinsam über Parteigrenzen hinweg der Überzeugung, dass wir als DemokratInnen rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen in unserer Stadt gewaltfrei entgegentreten müssen. Wir wollen, dass Menschen friedlich und angstfrei unabhängig von ihrer Religion, ethnischen Herkunft oder sexuellen Orientierung zusammenleben können.

Wir erwarten von den Verfassungsorganen und Behörden unseres Landes Unterstützung im Eintreten für diesen gemeinsamen demokratischen Grundkonsens.“

Daniela Schneckenburger, MdL, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Nadja Lüders, MdL, Unterbezirksvorsitzende SPD
Armin Jahl, MdL, stellvertretender Unterbezirksvorsitzender SPD,
Gerda Kieninger, MdL, SPD
Torsten Sommer, MdL, PIRATEN
Norbert Schilff, Fraktionsvorsitzender SPD
Volkan Baran, stellvertretender Vorsitzender der Ratsfraktion SPD
Ingrid Reuter, Fraktionssprecherin Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Ulrich Langhorst, Fraktionssprecher Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Utz Kowalewski, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
Jens Peick, stellvertretender Unterbezirksvorsitzender SPD
Franz Josef Drabig, Landesvorstand SPD
Hilke Schwingeler, Kreisvorstand Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Martina Stackelbeck, Ratsmitglied Bündnis 90 / Die GRÜNEN
Wolfram Frebel, Ratsmitglied Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Ulla Hawighorst, Ratsmitglied Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Svenja Noltemeyer, Ratsmitglied Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Christian Gebel, Ratsmitglied PIRATEN
David Grade, Bezirksvertreter PIRATEN
Sabine Pezely, Fraktionsgeschäftsführerin Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Stefan Neuhaus, Fraktionsgeschäftsführer Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Torsten Behrendt , Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

3.2 ruhrbarone.de - 02.07.2014:

Nazi-Angriff: Dortmunder Ratsmitglied stellt Fachaufsichtsbeschwerde

https://docs.google.com/document/d/1r3AGNMVe0jwQF7UhbhKX6OOsEYUX27zbkaGr8KPKECI/edit

4 Zeugenaussagen

5.4.1 Gedächtnisprotokoll Daniela Schneckenburger

https://docs.google.com/document/d/17ilq1m_kNfI75XtcG9cKk2-XSvBGZ1fLXoqgs62_-3Y/edit#